Ausbildungsverpflichtung in Spitälern, Heimen und bei der Spitex; Änderung Spitalgesetz und Sozialgesetz

Änderung vom [Datum]

Der Kantonsrat von Solothurn

gestützt auf die Artikel 100 und 101 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾

nach Kenntnisnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom (RRB Nr. 2016/...)

beschliesst:

I.

Keine Hauptänderung.

II.

1.

Der Erlass Spitalgesetz (SpiG) vom 12. Mai 2004²⁾ (Stand 1. Januar 2013) wird wie folgt geändert:

§ 3^{bis} Abs. 2

²⁾ Der Regierungsrat legt die qualitativen Voraussetzungen für die Aufnahme eines Spitals auf die Spitalliste fest. Dabei berücksichtigt er insbesondere:

f) *Aufgehoben.*

§ 3^{quinquies} (neu)

Aus- und Weiterbildung

¹⁾ Die auf der Spitalliste aufgeführten Spitäler mit innerkantonalem Standort sind verpflichtet, sich angemessen an der Aus- und Weiterbildung der nicht-universitären Gesundheitsberufe zu beteiligen.

²⁾ Gesundheitlich beeinträchtigten Personen sind bei Möglichkeit zweckmässige Aus- und Weiterbildungsplätze anzubieten. Die Spitäler streben diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen IV-Stellen an.

³⁾ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung und kann in dieser Richtlinien von Fachorganisationen oder Branchenverbänden für verbindlich erklären.

¹⁾ BGS [111.1](#).

²⁾ BGS [817.11](#).

[Geschäftsnummer]

⁴ Der Regierungsrat kann den Vollzug und die damit verbundene Verfügungskompetenz an Fachorganisationen oder Branchenverbände delegieren. Es gelten die Rechtsmittelbestimmungen des Sozialgesetzes (SG) vom 31. Januar 2007¹⁾.

⁵ Bei Nichterfüllen der Ausbildungsverpflichtung gilt § 168^{bis} des Sozialgesetzes²⁾ sinngemäss.

2.

Der Erlass Sozialgesetz (SG) vom 31. Januar 2007³⁾ (Stand 1. März 2015) wird wie folgt geändert:

§ 22 Abs. 2

² Jede Bewilligung ist befristet und kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden, namentlich über:

g) *Aufgehoben.*

§ 22^{bis} (neu)

Aus- und Weiterbildung

¹ Wohnheime und Tagesstätten gemäss § 141, ambulante und teilstationäre Dienste gemäss § 142 und Pflegeheime gemäss § 144 mit Betriebsbewilligung gemäss § 21 sind verpflichtet, sich angemessen an der Aus- und Weiterbildung der nicht-universitären Gesundheitsberufe zu beteiligen.

² Gesundheitlich eingeschränkten Personen sind bei Möglichkeit zweckmässige Aus- und Weiterbildungsplätze anzubieten. Wohnheime und Tagesstätten, ambulante und teilstationäre Dienste und Pflegeheime streben diesbezüglich eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen IV-Stellen an.

³ Der Regierungsrat regelt die Einzelheiten in einer Verordnung und kann in dieser Richtlinien von Fachorganisationen oder Branchenverbänden für verbindlich erklären.

⁴ Der Regierungsrat kann den Vollzug und die damit verbundene Verfügungskompetenz an Fachorganisationen oder Branchenverbände delegieren.

§ 144^{bis} Abs. 1

¹ Die verrechenbaren Kosten der häuslichen Pflege setzen sich zusammen aus:

a) (*geändert*) Kosten der nicht-pflegerischen Leistungen (gemeinwirtschaftliche Leistungen der Leistungserbringenden, Betreuungskosten, Leistungen nach § 143 Abs. 1 Bst. b und Abs. 2 Bst. a-e sowie Aus- und Weiterbildungskosten gemäss § 22^{bis});

§ 159 Abs. 4 (neu)

⁴ Gegen erstinstanzliche Verfügungen von Dritten, denen Entscheidkompetenz übertragen wurde, kann innert zehn Tagen beim Departement Beschwerde geführt werden.

¹⁾ BGS [381.1](#).

²⁾ BGS [381.1](#).

³⁾ BGS [831.1](#).

§ 168^{bis} (neu)

Ersatzvornahme bei Ausbildungsverpflichtung

¹ Erfüllt ein gemäss § 22^{bis} zur Aus- und Weiterbildung verpflichteter Betrieb die festgelegte Ausbildungsleistung nicht, kauft das Departement die entsprechende Leistung ein.

² Der säumige Betrieb hat die entstandenen Kosten (eingekaufte Leistung zuzüglich Verwaltungsaufwand) zu tragen.

III.

Keine Fremdaufhebungen.

IV.

Die Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

Solothurn, ...

Im Namen des Kantonsrates

Albert Studer
Präsident

Fritz Brechbühl
Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt dem ... Referendum.